

## Bundestagswahlprogramme der demokratischen Parteien

### Die wichtigsten Themen für die KOALITION für HOLZBAU

#### SPD

1. Die SPD will über Investitions-, Steuer- und Entbürokratisierungs-Offensiven den Wohnraumangel angehen. Sie will den privaten Wohnungsbau stärken. (Seite 18-19)
2. Die Mietpreisbremse soll in angespannten Wohnungsmärkten unbefristet gelten.
3. Der soziale Wohnungsbau soll weiter gestärkt werden. (Seite 19-20)
4. Der Bund soll eine eigene Wohnungsgesellschaft gründen.
5. Kommunen soll die Abschöpfung von Bodenwertsteigerungen ermöglicht werden.
6. Das Vorkaufsrecht soll gestärkt werden.
7. Das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum soll verstetigt und ausgebaut werden.
8. Der Gebäudetyp „E“ soll weiterentwickelt werden.
9. Der serielle, modulare Bau soll gestärkt und offenbar auch gefördert werden.
10. Konzeptvergaben sollen um Einheimischen-Modelle ergänzt werden, das Höchstgebot soll nicht mehr maßgeblich sein.
11. Die SPD will Klimaneutralität fördern und Kommunen sowie Ländern neue Verantwortlichkeiten übertragen. (Seite 30-31)
12. Die SPD unterstützt den europäischen Green Deal.

#### CDU/CSU

1. Die Union will das deutsche Lieferkettengesetz abschaffen und der EU-Taxonomie sowie der CSRD entgegenwirken, um die EU-Bürokratisierung zu begrenzen. (Seite 16)
2. Das Heizungsgesetz soll zurückgenommen werden. Die Union unterstützt das Heizen mit dem Rohstoff Holz. (Seite 19)
3. Eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung soll mit sozialem Ausgleich eingeführt werden, um die Dekarbonisierung im Gebäudebereich zu fördern.
4. Eine umfassende CO<sub>2</sub>-Kreislaufwirtschaft soll etabliert werden, die sowohl natürliche als auch technische CO<sub>2</sub>-Nutzung und Speicherung berücksichtigt. (Seite 21)
5. Die Union will in Kreisläufen denken und den Ressourcenverbrauch reduzieren. (Seite 22)
6. Flächenversiegelung soll reduziert und Ausgleichsmaßnahmen verbessert werden. (Seite 23)
7. Die nachhaltige Bewirtschaftung und Nutzung des Waldes soll weiterentwickelt werden, möglichst mit regionalem Fokus. (Seite 36)

8. Die Union will die Baukosten durch mehr Bauland und niedrigere Standards senken. (ab Seite 69)
9. Der Gebäudetyp „E“ soll kostengünstiges Bauen ermöglichen. Es sollen Ausnahmen vom geltenden Planungsrecht (§ 246e BauGB) eingeführt werden, um Genehmigungen in angespannten Wohnungsmärkten zu beschleunigen.
10. Die Verdichtung und Aufstockung soll gestärkt werden. Außerdem will die Union die Nutzung von Brach- und Konversionsflächen gemeinsam mit Ländern und Kommunen fördern. (Seite 72)
11. Ein Baukostenmoratorium soll eingeführt werden.
12. Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus soll verstärkt und das Wohngeld regelmäßig angepasst werden.
13. Die Sonderabschreibung für bezahlbaren Wohnungsneubau soll ausgeweitet werden.

### **Bündnis 90/Die Grünen**

1. Bündnis 90/Die Grünen wollen die Schuldenbremse auflösen und mit einem Deutschlandfonds Klimathemen und Infrastrukturprojekte finanzieren. (Seite 18-19)
2. Der europäische Green Deal soll klar unterstützt werden. Fördermaßnahmen sollen mit Ordnungsrecht kombiniert werden.
3. Die Städte sollen vor Hitzewellen und Starkregen geschützt werden. Dazu sollen Entsiegelungsmaßnahmen intensiviert werden. (Seite 22)
4. Das Waldsterben soll verhindert und ein modernes Waldgesetz eingeführt werden. Natur- und klimaverträgliche Holznutzung soll zum Standard werden. Zudem sollen alternative Dämmstoffe wie Hanf und Schilf gefördert werden. (Seite 25)
5. Die Mietpreisbremse soll verlängert und ausgeweitet werden, auch auf Wohnungen ab fünf Jahre nach Erstbezug. Ferienwohnungen und Staffel- sowie Indexmieten sollen stärker reguliert werden. (Seite 31)
6. Die Grünen setzen auf klimaverträgliches Bauen durch Verdichtung, Aufstockung und Umwandlung von Leerstand. Das Baurecht soll vereinfacht und bundesweit angeglichen werden. (Seite 32)
7. Der soziale Wohnungsbau soll ausgebaut und das Vorkaufsrecht gestärkt werden.
8. Sanierete Bestandsgebäude sollen als taxonomiekonform anerkannt werden. Kreislaufwirtschaft und Ressourcennutzung stehen dabei im Fokus.
9. Bezahlbarer Wohnraum für Studierende und Auszubildende soll durch neue Wohnheime und das Programm „Junges Wohnen“ gefördert werden. (Seite 35)

**FDP**

1. Die FDP will die Abschreibung für den Wohnungsneubau attraktiver gestalten. (ab Seite 42)
2. Ein Baukostenmoratorium soll eingeführt werden.
3. Genehmigungsverfahren sollen beschleunigt und bundesweit einheitliche Anforderungen an das serielle Bauen eingeführt werden.
4. Brandschutz-, Gebäudeenergie- und Statik-Vorgaben sollen vereinfacht werden.
5. Der Gebäudetyp „E“ soll eingeführt und das Baurecht entrümpelt werden, in Verbindung mit einer Bund-Länder-Offensive.
6. Verdichtung und Aufstockung sollen vereinfacht werden.
7. Die FDP will die Digitalisierung der Planungsprozesse in der Verwaltung vorantreiben.
8. Im Mietrecht sollen starre Kappungsgrenzen gelockert und die Vereinfachung des Nebenkostenrechts umgesetzt werden. Eine Mietpreisbremse lehnt die FDP ab.
9. Die FDP setzt auf marktwirtschaftliche Lösungen im Energierecht, insbesondere auf den CO<sub>2</sub>-Zertifikatehandel.
10. Das Heizen mit Holz soll erlaubt bleiben.
11. Die Berichtspflichten aus dem Green Deal sollen abgeschafft werden, einschließlich des Lieferkettengesetzes und der CSRD.
12. Die Kreislaufwirtschaft soll durch moderne Recyclingmethoden gestärkt werden. (Seite 42)
13. Der Waldumbau soll gefördert und das Bundeswaldgesetz gestützt werden.

**KOALITION für HOLZBAU**

c/o: DAPB | Deutsche Agentur für Politikberatung GmbH  
Friedrichstraße 79 | 10117 Berlin  
Deutschland | Germany  
Call: +49 (0) 30 55 21 96 88  
Mobil: +49 (0) 175 57 90 188  
eMail: sun.jensch@koalition-holzbau.de